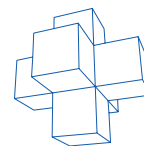


**FDP**  
Die Liberalen



# SCHWEIZER FREISINN

Aus den Kantonen Fraktion	2 8/9	Weissgeldstrategie Interview	11 12/13	Delegiertenversammlung Unter Freisinnigen	15 16	Bürokratie-Stopp!-Initiative Abstimmungen	17 18/19/20/21/22/23
------------------------------	----------	---------------------------------	-------------	--	----------	--	-------------------------

33. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen

## Inhalt

### Für einen sauberen und starken Finanzplatz

Die FDP hat als einzige Partei schon 2009 konkrete Lösungen für einen sauberen und starken Finanzplatz präsentiert. Gerade in den derzeitigen Diskussionen über den US-Steuerstreit ist die von den FDP-Delegierten verabschiedete Weissgeldstrategie sehr aktuell. Lesen Sie dazu unsere Grundsätze.

Seite 11

### Interessenwahrung und Förderung von Werten

Unser Bundesrat Didier Burkhalter hat vor einigen Wochen den Wechsel vom Innen- ins Aussendepartement in Angriff genommen. Obwohl sich die Themen stark unterscheiden, stehen die Interessenwahrung und die Förderung unserer Werte nach wie vor im Zentrum. Lesen Sie, wie unser Bundesrat diese Werte definiert und welche strategischen Prioritäten er in der Schweizer Aussenpolitik definiert.

Seite 16

### Abstimmungen vom 11. März

Am kommenden Abstimmungssonntag gibt es bereits auf nationaler Ebene fünf Vorlagen. In dieser Ausgabe des «Schweizer Freisinn» können Sie sich über alle eidgenössischen Vorlagen informieren und die wichtigsten Argumente entnehmen.

Seiten 18 bis 23

Rück- und Ausblick mit unserem Parteipräsidenten knapp drei Monate vor seinem Rücktritt

## Grazie Fulvio!

An der Delegiertenversammlung vom 21. April wird es zu einem Präsidiumswechsel kommen. Nach sieben Jahren an der Spitze der FDP tritt Fulvio Pelli zurück. In dieser Zeit hat er einige

Hochs, aber auch Tiefs erlebt. Wir wollten von ihm wissen, was ihn besonders bewegt hat. Im Interview mit dem «Schweizer Freisinn» erzählt er, wie er seine Zukunft plant. Ausserdem verrät

er, warum die Nachwuchsförderung schwierig, aber wichtig ist und was er seinem Nachfolger oder seiner Nachfolgerin mit auf den Weg geben wird.

Seiten 12 und 13



FDP.Die Liberalen Seniorinnen und Senioren Aargau

# Besuch im Grossratsgebäude mit Referat von Staatsschreiber Dr. Peter Grünenfelder

Zur ersten Veranstaltung im noch jungen Jahr durften die Senioren und Seniorinnen der FDP Aargau auf Einladung des Referenten im Grossratsgebäude tagen. Dies bedeutete für viele Zuhörende ein Wiedersehen mit einem ihnen bekannten Wirkungsort und dürfte auch die grosse Zahl der Erschienenen, darunter auch ehemalige eidgenössische Parlamentarier, erklären.

## Dr. Peter Hess, Vorstandsmitglied

Nach der Begrüssung durch den Leiter der Seniorengruppe, dem ehemaligen Grossratspräsidenten Hans Ulrich Fischer, wurde das Podium dem Referenten mit seinem selbst gewählten Thema «Auf dem Weg zum Aargau 2018» überlassen. In seinem Vortrag legte Peter Grünenfelder einleitend die Ausgangslage und die Herausforderungen dar, denen sich der Kanton Aargau, angesichts der rasanten Entwicklungen von Gesellschaft und Wirtschaft, gegenüber sieht.

Dabei verwies der Staatsschreiber auf die grundsätzlich guten Voraussetzungen für die erfolgreiche Entwicklung des Kantons, dies nicht zuletzt auf Grund der Spitzenrangierung des Aargaus im interkantonalen Vergleich im Bereich der Standortqualitätsindikatoren wie Bildungsqualität, verkehrliche Erreichbarkeit und Steuerattraktivität. Um aber auch in Zukunft in der Spitzengruppe der Kantone mitzuspielen, sind rechtzeitig und vorausschau-



Der Aargauer Staatsschreiber Dr. Peter Grünenfelder als Referent.

end Strategien und Massnahmen zu entwickeln.

Besondere Bedeutung mit Auswirkungen auf die verschiedensten staatlichen Tätigkeiten hat die demografische Entwicklung mit der älter werdenden Gesellschaft. Es gilt denn auch, die Erfahrungen und Kenntnisse der älteren Generation gezielt zu nutzen. Im wirtschaftlichen Bereich gelte es, die Wertschöpfung generell zu steigern. Zur Stärkung der demokratischen Grundlagen und um die jüngeren Generationen einzubeziehen, ist das Potenzial der Neuen Medien,

Stichwort Social Media, zu erschliessen. Der Kanton selbst soll den föderalistischen Wettbewerb gezielt pflegen und den kantonalen Handlungsspielraum nutzen, zugleich aber dort, wo notwendig, die interkantonale Zusammenarbeit vorantreiben. Dies auch, um den Mobilitätsbedürfnissen der Bevölkerung entgegenzukommen.

Aus den Feststellungen und Erkenntnissen von zukünftigen Entwicklungen hat die Regierung prioritäre Strategien und Massnahmen abgeleitet, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen. Abschliessend plädierte Grünenfelder dafür, sich den Zukunftsfragen zu stellen und sich dieser Diskussion nicht zu verschliessen: es gelte denn auch, Ergebnisse zu verbessern, die bislang befriedigten und Ziele zu erreichen, die in der Vergangenheit noch nie angestrebt worden sind.

Nach dem verklungenen Applaus konnte der Referent verschiedene Fragen, Beurteilungen und Anregungen aus erfahrenen Mündern beantworten resp. entgegennehmen. Anschliessend

an den Dank an die Adresse des Redners und die Bekanntgabe der nächsten Veranstaltungen durch den Präsidenten ging die Gesellschaft über zum wohlverdienten Nachessen bei angelegten Gesprächen.

2009 starteten im Aargau eine Handvoll mutiger Mitglieder den Versuch, Seniorinnen und Senioren für eine lose Gruppierung zu gewinnen. In ihrem Leitbild haben sie festgehalten, dass eine Struktur ohne Statuten vorgesehen ist. Der Gedanke fand Anklang. Geboten werden in lockerer Folge politische und kulturelle Veranstaltungen. Mittlerweile darf der Vorstand auf einen kleinen Stamm von Mitgliedern zählen und bei jeder Veranstaltung wieder neue Gesichter begrüssen.

## Weitere Daten 2012

2. Mai: Talkrunde

16. August: Legionärspfad Windisch

7. November: Referat

## Kantonale Wahlen

In den folgenden Kantonen stehen am 11. März 2012 Wahlen an:

VD

SG

SZ

UR

TG (nur Regierungsrat)

Wir wünschen unseren FDP-Kantonalparteien viel Erfolg!

## Gewerkschaftlich-grün-christlich-pseudoliberalen Allianz verhindert freie Ladenöffnungszeiten

Die von der FDP.Die Liberalen Zürich eingereichte kantonale Volksinitiative «Der Kunde ist König» für freie Ladenöffnungszeiten wurde im Zürcher Kantonsrat abgelehnt. Eine Allianz der gewerkschaftlich-grün-christlich-pseudoliberalen Fraktionen hat dem liberalen Ansinnen eine Absage erteilt. Nun wird das Volk über die Vorlage entscheiden.

Dass die SP und mit ihr die Grünen aus klassenkämpferischen und gewerkschaftlichen Überlegungen die Volksinitiative ablehnen, überrascht wenig. Dass jedoch die selbsternannten «bürgerlich-liberalen» Mitteparteien GLP und BDP die Volksinitiative mit fadenscheinigen Argumenten ablehnen, ist für die FDP äusserst stossend.

Auch dürfte ihr Entscheid kaum dem Willen ihres urbanen, fortschrittlichen Wählersegments entsprechen. Sie wollen offensichtlich, dass die Ungleichbehandlung von Läden in Bahnhofen und am Flughafen gegenüber anderen Läden bestehen bleibt. Weiterhin entscheidet der Staat und nicht der Markt, wann ein Geschäft offen hat und wann nicht.

# «Es brechen täglich Existenzen weg»

Die Medien berichten viel über die Situation in Griechenland. Wir wollten von einem Direktbetroffenen wissen, wie er die aktuelle Lage erlebt.

*Herr Hänssler, wie erleben Sie die aktuelle Situation in Griechenland?*

Schwierig, das in kurzen Worten zu schildern, weil sich die Situation ja ständig verändert – und dies leider nicht zum Guten! Vor einem Jahr noch glaubten viele unserer bekannten griechischen Freunde, dass die Situation zu meistern sei. Wie, das wusste schon vor Jahresfrist niemand so recht. Mit dem so typischem griechischen Optimismus nach dem Motto «das schaffen wir dann schon irgendwie noch» schwang noch Zuversicht mit. Zwischenzeitlich hat dieser Optimismus in Wut und Resignation umgeschlagen. Man wähnt sich in einer Sackgasse.

*Was hat die Schuldenkrise für einen Einfluss auf Ihr ganz persönliches Leben in Griechenland?*

Was einen täglich beschäftigt, ist die atmosphärische Stimmung im Zusammenleben mit einem grundsätzlich frohgestimmten Volk. Es herrscht Bedrücktheit, Traurigkeit und auch zum Teil verständlicher Missmut.

Im Übrigen haben sich die Lebenskosten in den vergangenen 24 Monaten um ein Vielfaches erhöht. Die Mehrwertsteuer ist in kürzester Zeit auf 23 Prozent erhöht worden. Die Benzinpreise erhöhten sich um 22 Prozent. Und wenn wir in einem günstigen Supermarkt hier einkaufen, sind wir schockiert, wie viel teurer diese Einkäufe sind als in der Schweiz! Als neuste Steuer wurde jedem Haushalt mit der monatlichen Elektrizitätsrechnung eine «Immobiliensteuer», welche auf Grund der bewohnbaren Quadratmeterfläche erhoben wird, zugestellt.

*Wie stark ist die Krise in der Bevölkerung spürbar? Hat sich etwas Grundlegendes im öffentlichen Leben verändert?*

Konkret brechen in diesem Land täglich Existenzen weg. Dadurch entstehen viele «Neuverarmte» auf Grund der drakonischen Sparmassnahmen,



Griechenland und die Akropolis haben schon bessere Zeiten gesehen.

welche vielen, vor allem aber älteren Leuten, ihre Würde nimmt.

Auch die Perspektiven der jungen Griechen auf Arbeit nach ihrem Studium haben sich aufgrund der negativen Entwicklungen nachhaltig verändert. Die überwiegende Mehrheit der Studierenden sieht gegenwärtig ihre beruflichen Zukunftschancen nur noch im Ausland.

Grundlegend geändert hat sich der Cashflow. Dieser versiegt immer mehr. Das hat zur Folge, dass Tausende von Kleinunternehmern ihre Mitarbeiter nicht mehr bezahlen können und dass Handwerker für ihre Arbeit monatelang auf ihre Leistung warten müssen.

*Was muss sich ändern?*

Vieles! **Der Staatsbetrieb:** Der absolut überzogene Staatsbetrieb (gegen 800 000 Angestellte) muss drastisch verringert werden. Doch wie, wenn die Staatsangestellten gemäss der griechischen Verfassung geschützt sind? **Die Steuereinnahmen:** Diese müssten erhöht und/oder eingetrieben werden – doch es zeichnet sich das Gegenteil ab. Die Steuereinnahmen verzeichnen Einbrüche gegenüber dem Budget aus verschiedenen Gründen. Somit gerät

Griechenland vermehrt in eine fatale Abwärtsspirale! **Der politische Wille, am gleichen Strick zu ziehen:** Die politische Elite, die Parteien verhalten sich wie Schulkinder. In Kürze stehen vorgezogene Parlamentswahlen an. Da denkt jeder zuerst an seine parteipolitische Zukunft.

*Welche Lehren kann die Schweiz von der Situation in Griechenland Ihrer Meinung nach ziehen?*

Ganz grundsätzliche: So gut wie möglich auch weiterhin politisch und wirtschaftlich autonom zu agieren. Den Staatshaushalt nach dem altbewährten Motto «nicht mehr ausgeben, als man einnimmt» bewirtschaften. Den politischen Kräften in der Schweiz auf allen Ebenen – Gemeinden, Stadt, Kanton und Bund – dankbar zu sein für die alltäglich geleistete Arbeit. Sowie das Verständnis in allen Bevölkerungsschichten fördern, dass eine gut eingespielte Demokratie, in der die Stimme des Souveräns zählt, nach wie vor die beste unter allen schlechten Regierungsformen ist und bleiben wird!



## Zur Person

Rudolf Hänssler arbeitete während 40 Jahren für die Swissair. Im April 2002 wurde er von der SWISS International Air Lines nach Athen entsandt. 2006 wurde Rudolf Hänssler früh pensioniert, und in den folgenden drei Jahren wurde ihm die operationelle Führung der grössten privaten Universität Griechenlands, des American College of Greece, anvertraut. Seit Ende 2009 arbeitet er für und mit dem Ausland-Korrespondenten Werner van Gent zusammen. Hänssler lebt mit seiner Frau Eva in Vouliagmeni, einem Vorort im Süden Athens.

# Prostitution in der Schweiz

Die Prostitution ist das älteste Gewerbe der Welt und generiert in der Schweizer Volkswirtschaft einen beachtlichen Umsatz von jährlich 3,5 Milliarden Franken. Jedoch tut sich unsere Gesellschaft immer noch schwer, dieser Branche auch die nötigen Rechte zuzugestehen. Dieser Wirtschaftszweig gilt weitherum als moralisch verwerflich und sittenwidrig.

**Claudine Esseiva,**  
Generalsekretärin

In der aktuellen politischen Diskussion geht es um die unhaltbaren Zustände am Strassenstrich beim Zürcher Sihlquai und um den angeblichen Missbrauch der Personenfreizügigkeit (Ausländerinnen überschwemmen unsere Strassen) und um Sexboxen. Einige wollen die Prostitution als solches bekämpfen, andere setzen sich für mehr Rechte für die Sexarbeiter/innen ein. Aus Sicht der FDP Frauen ist es klar, dass in dieser Diskussion es nicht darum gehen darf, die Existenz von Prostitution zu bekämpfen oder das Problem bei der Personenfreizügigkeit zu suchen. Was wir jetzt brauchen, sind gesetzliche Rahmenbedingungen für die Prostitution, damit die Sexarbeiter/innen legal ihrer Arbeit nachgehen können und damit bestmöglich vor Gewalt und Übergriffen geschützt werden. Denn dadurch können wir auch effizienter gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution vorgehen. Gerade aus liberaler Sicht müssen wir bestrebt sein, dass es eine selbstbestimmte Sexarbeit frei von Stigmatisierung und Kriminalisierungen gibt.

## Rechtliche Lücken

Sexarbeiter/innen arbeiten in der Schweiz als Selbstständigerwerbende. Sie sind AHV-pflichtig und zahlen jährlich ihre Steuern. Heute ist es in der Schweiz noch nicht möglich, dass Prostituierte in einem Angestelltenverhältnis



Tribtschenstrasse: Auch hier braucht es gesetzliche Rahmenbedingungen für die Prostitution.

arbeiten. Dementsprechend haben sie auch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. ProKorRe, das Schweizerische Netzwerk, das die Interessen der Sexarbeiter/innen vertritt, fordert rechtliche Vorschriften, welche die Arbeitsbedingungen verbessern, sowie deren konsequente Umsetzung. Es ist heute zum Beispiel für Sexarbeiterinnen nicht möglich, gesetzlich ihren Lohn einzufordern. Die Behörden weisen bei Streitigkeiten auf die Sittenwidrigkeit der Arbeit. Das bedeutet wiederum, dass sie die Vereinbarung zwischen Prostituierten und ihren Arbeitgebern als nicht verbindlich betrachten und damit bei der Durchsetzung des Rechts keine Hilfe bieten.

## Prostitution ist nicht gleich Frauenhandel

In dieser ganzen Diskussion ist es sehr wichtig, die beiden Themen Prostitution und Frauenhandel nicht zu vermischen. Denn auf der einen Seite ist die Sexarbeit eine gesellschaftliche Tatsache und kann auf freiwilliger und menschenwürdiger Basis ausgeführt werden. Da hilft ein gesetzlicher liberaler Rahmen, in dem die Sexarbeiter/innen

ihrer Arbeit legal und rechtlich abgesichert nachgehen können. Auf der anderen Seite dürfen wir die Augen nicht davor verschliessen, dass weltweit jährlich rund 2,5 Mio. Menschen Opfer von Menschenhändlern werden, davon 80 Prozent Frauen. Schätzungen gehen davon aus, dass in der Schweiz zwischen 1500 und 3000 Frauen betroffen sind, gesicherte Zahlen fehlen jedoch.<sup>1</sup>

## Politische Situation

Die Prostitution wird in den Kantonen und Gemeinden sehr unterschiedlich gehandhabt. Dies geht von rigoroser Kontrolle über absurde Bürokratie bis hin zu relativ liberalen Haltungen. Im Kanton Bern wie auch in der Stadt Zürich wird zurzeit das Prostitutionsgesetz diskutiert. Die Behörden wollen bessere Arbeitsbedingungen für die Sexarbeiterinnen schaffen, einen besseren Schutz vor Gewalt, aber auch die Interessen der Anwohnerschaft in der Nähe vom Strich berücksichtigen.

In Zürich kommt die Vorlage aufgrund eines Referendums der SVP vors Volk. Kernstück der Debatte sind die Sexboxen. Eine erfreuliche Entwicklung ist im Kanton Bern zu beob-

achten. Der Grosse Rat entschloss Anfang dieses Jahres, dass neu Prostituierte und Mitarbeitende von Betreibern von Salons und Begleitservices Arbeitsverträge eingehen können. Die Sexarbeit soll so rechtlich nicht mehr als sittenwidrig gelten.

## Forderungen

Die Erfahrungen zeigen klar auf, dass rigorose Massnahmen und vermeintliche Schutzmechanismen die Prostituierten in die Illegalität und in die Arme von Zuhältern treiben, anstatt, wie vom Absender gewollt, sie zu schützen. Für den Schutz von Sexarbeiter/innen ist es elementar, dass der Prostitution nicht zu viele rechtliche Einschränkungen gesetzt werden. Eine möglichst liberale Haltung ist der beste Schutz für Sexarbeiter/innen, denn so können sie legal und einfach arbeiten, sind unabhängig von Dritten und nicht der behördlichen Willkür ausgesetzt.

Der Menschenhandel ist ein internationales Problem, dort müssen wir aktiv mithelfen, diese moderne Sklaverei zu bekämpfen. Doch auch lokal besteht durchaus Handlungsbedarf. Wir müssen lokal informieren und sensibilisieren. Die Bordellbetreiber müssen in die Verantwortung genommen werden, indem sie nachweisen müssen, dass sie keine Opfer von Frauenhandel bei sich haben (Label). Man muss aber auch die Freier aufklären. Und wer trotzdem solche Dienste in Kenntnis der Missstände in Anspruch nimmt, muss strafrechtlich verfolgt werden.

Prostitution ist ein Teil unserer Gesellschaft. Es ist nun an uns, dieses Gewerbe ans Licht zu bringen, klare und faire Bedingungen für die Sexarbeiter/innen (auch Ausländer/innen) und Freier/innen zu schaffen und den Menschenhandel weltweit zu bekämpfen.

<sup>1</sup> Quelle: Positionspapier Terres des Femmes

350 000 Männer nehmen in der Schweiz wenigstens einmal im Jahr die Dienste einer Prostituierten in Anspruch. Das ist jeder fünfte Mann zwischen 20 und 65 Jahren. In der Schweiz gehen rund 14 000 Frauen der Prostitution nach.

Investition in die Zukunft

# Förderung des FDP-Nachwuchses

**Claudine Esseiva,**  
Projektverantwortliche

Die Zukunft unserer liberalen Politik liegt bei unseren Nachwuchskräften. Sie sind motiviert und bereit, sich auch in schwierigen Zeiten für die liberalen Werte einzusetzen. Ihre Kampagnen sind frech und mutig, und sie scheuen keine Debatten. Unsere Jungfreisinnigen sind ein regelrechter Fundus an Talenten. Die beste Art, diese Talente zu fördern, ist ein gezieltes Nachwuchsprogramm.

Die Schwierigkeiten für Jungpolitiker sind der mangelnde Bekanntheitsgrad, die fehlenden Profilierungsmöglichkeiten, die finanziellen Mittel und der Aufbau eines breiten persönlichen Netzwerkes.

Es ist eine Kernaufgabe der FDP, durch gezielte Unterstützung Potenzial zu erkennen und entsprechend zu fördern. Die FDP führt dementsprechend seit 2010 zusammen mit den Freunden der FDP ein Mentoring-Programm durch, an dem zurzeit 45 Jungpolitiker aus der ganzen Schweiz teilnehmen.

Das Programm ist auf zwei Jahre ausgelegt. Im Vordergrund des Mentorings steht nicht die reine Weitergabe von Wissen und Erfahrungen, sondern die Selbsterkenntnis für den Mentee, eigene Fähigkeiten auszubauen und gezielt für die berufliche, politische und persönliche Weiterentwicklung einzusetzen. Der Mentor hat zur Aufgabe, dem Mentee die Welt der Wirtschaft und Politik zu öffnen und ihm die Möglichkeit zu geben, erste geführte Schritte darin zu tätigen. Die Einführung in das persönliche Netzwerk ist eine Kernaufgabe. Der Mentee auf der anderen Seite muss sich durch die Treffen Wissen abholen, sein Engagement aufzeigen und seine Fähigkeiten verbessern.

Die Ziele dieses Programmes sind, zusammen mit Bundesparlamentariern, kantonalen Politikerinnen und Politikern sowie Vertretern aus der Wirtschaft: 1. junge Talente gezielt in ihrem persönlichen politischen Engagement zu fördern; 2. ihr wirtschaftliches und politisches Verständnis zu schärfen; 3. ihnen den Zugang zum Netzwerk der Mentoren zu ermöglichen.

Auch die Partei profitiert von den Jungtalenten, die den Beweis erbringen, dass die Partei fit für die zukünftigen Herausforderungen ist.

## Wie weiter?

Aufgrund dieser positiven ersten Erfahrungen werden wir auch im 2012 das Mentoring-Programm weiterführen. Die Kantone und Sektionen sind aufgefordert, entsprechende Kandidaturen (Motivationsschreiben plus Lebenslauf) bis Ende Februar 2012 an das Generalsekretariat ([esseiva@fdp.ch](mailto:esseiva@fdp.ch)) zu senden.

## Anforderungsprofil

Wir suchen Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker, die eine nationale Politikkarriere anstreben und wenn möglich diese bereits begonnen haben. Die Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker sollten bereits Erfahrungen in der Parteilarbeit, z. B. im Parteivorstand, bei Projektarbeit oder als Mitglied der kommunalen oder kantonalen Behörde gesammelt haben und ihr Engagement für die Partei und eine liberale Politik demonstrieren können.

Die ersten Erfahrungen verliefen positiv. Hier einige Eindrücke von Mentees:



«Das Mentoring-Programm ist optimal, wenn man sein Netzwerk in der FDP, aber auch in der Wirtschaft auf- und ausbauen möchte.»

Christoph Graf, Vize-Präsident  
Jungfreisinnige Kanton St. Gallen



«Meine Mentoren führten mich in politischen Diskussionen zu unkonventionellen Ansätzen, gaben mir Tipps für meinen eigenen politischen Weg und verhalfen mir zu wertvollen Kontakten. Für mich war das Programm ein voller Erfolg!»

Linda Brunner,  
Präsidentin Jungfreisinnige Thurgau



«Das Mentoring-Programm ist eine tolle Gelegenheit, sich neue Netzwerke zu erschliessen und wertvolle Ratschläge von erfahrenen Polit-Profis zu erhalten.»

Alain Schreiner,  
Präsident Jungfreisinnige Zürich



45 Jungpolitiker/-innen profitieren vom FDP-Mentoringprogramm.

# Die Frankenstärke trifft die Wirtschaft in den Grenzregionen besonders stark

**Dr. Kaspar Schläpfer,**  
Regierungspräsident  
Kanton Thurgau

Wir alle wissen, dass der starke Franken die Wirtschaft in der Schweiz hart trifft. Besonders betroffen sind auch die Schweizer Grenzregionen, insbesondere aus den folgenden Gründen:

■ Der Anteil der Konsumenten, die im Ausland einkaufen, ist in den Grenzregionen wesentlich grösser als im Landesinnern. Die dortigen Detailhandelsgeschäfte sind dementsprechend von massiven Umsatzeinbussen betroffen. Das Volumen des Einkaufstourismus wuchs in den letzten fünf Jahren von 2 auf 5 Milliarden Franken an. Dies ist auch deshalb bitter, weil der Detailhandel viele Arbeits- und Ausbildungsplätze stellt.

■ Grenznah gelegene, industriell orientierte KMU sind besonders auf Export angewiesen, schon deshalb, weil die Hälfte ihres natürlichen Einzugsbereichs im Ausland liegt. KMU des zweiten Wirtschaftssektors bieten ebenfalls überdurchschnittlich viele Arbeits- und Ausbildungsplätze an.



Dr. Kaspar Schläpfer

■ Konkurrenten aus dem nahen Ausland können für Arbeiten und Aufträge in der nahen Schweiz besonders günstige Offerten unterbreiten, womit sie einheimische Firmen bedrohen und verdrängen können.

■ Arbeitnehmende sind in Grenzregionen mit erhöhtem Lohndruck konfrontiert, weil die Schweiz für Grenzgänger noch attraktiver geworden ist.

Selbstverständlich darf nicht unerwähnt bleiben, dass der starke Franken

in der Schweiz nicht nur Verlierer produziert, sondern auch Gewinner. Zu diesen gehören insbesondere die Konsumenten, aber auch importorientierte Unternehmen. Das Arbeitsplatzangebot der Importfirmen pro Umsatzfranken ist aber wesentlich kleiner als bei den Exportfirmen. Per Saldo bewirkt die Frankenstärke deshalb einen Arbeitsplatzabbau in der Schweiz.

## Was ist zu tun? Wer soll was unternehmen?

■ Am wirksamsten sind Massnahmen der Nationalbank. Sie kennt die Anliegen und Nöte der Wirtschaft selbst gut genug. Politik und Wirtschaftsverbände sollen deshalb keinen Druck auf sie ausüben.

■ Die öffentliche Hand – Bund, Kantone und Gemeinden – helfen am besten, wenn sie die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft ständig verbessern: tiefe Steuern, möglichst wenige Vorschriften, rasche Bewilligungsverfahren, kundenorientiertes Handeln.

■ Bei den Unternehmern ist zurzeit besonders viel Tüchtigkeit, Effizienz,

Fantasie und Ausdauer erforderlich. Sie dürfen bei der langfristigen Lagebeurteilung die Stärken der Schweiz nicht vergessen: politische Stabilität, zuverlässige Mitarbeitende, hoher Grad an Sicherheit, perfekt funktionierende Infrastruktur, liberaler Arbeitsmarkt. Es lohnt sich nach wie vor, in der Schweiz zu investieren statt im Ausland!

## Bei aller Ungewissheit besteht doch auch Anlass zur Zuversicht

■ Noch immer passte sich eine überbewertete Währung früher oder später der Kaufkraftparität an.

■ Die höhere Inflationsrate im Ausland wird von selbst zu einer – wenn auch langsamen – Angleichung zur Kaufkraftparität sorgen.

■ Die jetzt aufgezwungene Fitnesskur für exportorientierte Firmen wird sich bei einem früher oder später zu erwartenden Rückgang der Überbewertung des Frankens als Trumpf erweisen.

Die Frankenstärke stellt Staat und Wirtschaft vor grosse Aufgaben. Packen wir diese an!



Die erste Session in Bern

## Von der Theorie zur Praxis

**Petra Gössi, Nationalrätin SZ**

Den Weg ins Bundeshaus in Bern kenne ich noch aus meiner Studienzeit. Nur, diesmal war der Weg anders. Bisher war ich jeweils als Besucherin unterwegs. Als neu gewählte Nationalrätin hingegen habe ich mir den Zutrittsbadge in einem intensiven Wahlkampf erarbeitet. Als Schwyzer FDP-Nationalrätin die Bevölkerung im Parlament vertreten zu dürfen, ist ein gutes Gefühl und eine neue, grosse Herausforderung.

Das erste offizielle Geschäft auf der Traktandenliste ist die Vereidigung. Inmitten von 200 Nationalrätinnen und Nationalräten zu stehen ist das eine. Das andere ist, dass der Blick dabei auf das grosse Bild im Nationalratssaal gerichtet ist. Es zeigt den Blick über den Urnersee mit dem Rütli auf der linken Seite, geradeaus aber und ganz im Zentrum den Talkessel von Schwyz, Brunnen und unser Wahrzeichen: die beiden Mythen!

200 Nationalrätinnen und Nationalräte haben damit bei der Vereidigung ihren Blick auf den Urkanton Schwyz gerichtet. Ich hoffe, dass dies hin und wieder Früchte tragen wird: Zum Beispiel dann, wenn es um den nationalen Finanzausgleich geht und den Nehmerkantonen in Erinnerung zu rufen ist, dass Solidarität nur funktionieren kann, wenn sie nicht nur von Seiten der Geber-, sondern auch von Seiten der Nehmerkantone respektiert und gelebt wird.

Kaum ist der Amtseid vorbei, stapelt sich die Arbeit. Nicht «rats erfahren» ist man dabei noch etwas ineffizient unterwegs. Die erste Aufgabe ist denn auch die Einarbeitung in den ganzen Ratsbetrieb. Gott sei Dank ist dieser hervorragend strukturiert. Dennoch ist es nicht immer einfach, den schnellsten Weg zu finden. Das kommt auch beim Umherirren im Bundeshaus selber zum Ausdruck. Immer-



Petra Gössi

BILD: CHRISTIAN BALLAT

hin habe ich noch niemanden gesehen, der sich dabei mit einem Navi behelfen musste.

Eine grosse Hilfe sind die Einführung durch die Parlamentsdienste und das Göttisystem innerhalb der FDP. Mit Gabi Huber habe ich eine Gotte erhalten, die mir von der ersten Stunde an ein Wissen vermitteln konnte, das weit über die grundsätzlichen Kenntnisse hinausgeht.

In der ersten Session als Nationalrätin ist das Erlernen des «Bundesbern-Handwerks» angesagt. Dazu gehören die Kenntnisse über die Strukturen und Abläufe, die genauen Verfahrensschritte, dazu gehören die Kontakte zu den Stellen und den anderen Kolleginnen und Kollegen im National- und Ständerat. Vor allem müssen die aktuellen Dossiers so schnell wie möglich erfasst werden. Das ist ziemlich viel nahrhafte Arbeit. Denn im Bundeshaus gilt, wie überall: Den Mund aufreissen kann und soll man dann, wenn man etwas zu sagen hat, das sachlich korrekt ist, wohl begründet und einen Fortschritt bewirkt. Eine seriöse Arbeit bedingt eine seriöse Vorbereitung, Detailkenntnisse und ein Urteil, das auf einer kritischen Würdigung aller Argumente beruht.

Die erste Session diente also dem «laufen Lernen». Jetzt ist diese Phase abgeschlossen, und die Unsicherheit der ersten Schritte ist einem noch immer achtsamen, aber sichereren Schritt gewichen. Die Arbeit in den Kommissionen hat begonnen. Die zweite Session kann kommen. Ich bin bereit.

Die Zeit während der Session habe ich so optimal als möglich für die Parlamentsarbeit eingesetzt. Ein Thema, in das ich mich in der ersten Session in Bern jedoch noch nicht einarbeiten konnte, ist die Vertiefung in die lokalen Wirtschaftskennntnisse. Aber mit der Zeit werde ich auch noch herausfinden, wo man überall ein gutes Zmittag oder Znacht einnehmen kann ...

# Jährliches Fraktionsseminar der FDP.Die Liberalen in Baden AG

FDP-Liberale Fraktion traf sich am 27. und 28. Januar zum üblichen zweitägigen Fraktionsseminar in Baden. Die Gelegenheit wurde genutzt, um die wirtschaftlichen Aussichten der Schweiz in einem weltweiten Umbruch zu beurteilen.

FDP.Die Liberalen befasste sich am Fraktionsseminar mit der wirtschaftlichen Ausrichtung der Schweiz. Es braucht eine neue Strategie, wir stehen vor einer schwierigen Situation. Die Eurokrise, der starke Franken und schwächer werdende Exporte sind Elemente, welche das wirtschaftliche Wachstum und die heimischen Arbeitsplätze der Schweiz bedrohen.

In diesem Zusammenhang bekräftigt die FDP folgende Punkte: Die Geldpolitik liegt in der Verantwortung der SNB. Ein zweites Konjunkturpaket ist nicht nötig, der Vorschlag von Strukturreformen oder einer Schuldenbremse im Bereich der Sozialversicherungen ist um einiges wirksamer. Um den wirtschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden, schlägt die FDP deshalb seit über einem Jahr eine Fitnesskur für die Schweizer Wirtschaft vor.

Die Schweiz soll eines der wenigen Länder mit dem AAA-Rating bleiben. Als Erstes müssen die staatlichen Ausgaben gesenkt werden: Abbau der Bürokratie, Verringerung von Steuern und Abgaben und das Vorantreiben weiterer Freihandelsabkommen. Diese Vorschläge der FDP sollen diese Anforderungen zu unserem nachhaltigen Vorteil machen, indem wir die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz steigern und Arbeitsplätze sichern. Die FDP setzt sich für den Wohlstand und die finanzielle Gesundheit der Schweiz ein.

Nach den ersten inhaltlichen Diskussionen hatte die FDP-Liberale Fraktion am Freitagnachmittag die Gelegenheit, die Produktion der ABB Turbo Systems AG zu besichtigen. Moderne Maschinen und Produktionsverfahren der neusten Technologie beeindruckten die Fraktionsmitglieder. Es war interessant zu sehen, warum die Schweiz in diesem Industriesektor wettbewerbsfähig ist. Die Wartung und



Die Fraktion arbeitete im Medientraining intensiv im Plenum ...

die für den Export sehr wichtige Logistik überzeugten die Gruppe. Für ein Unternehmen wie die ABB Turbo Systems AG sind folgende Rahmenbedingungen wichtig: ein stabiles Umfeld,

attraktive Steuerbedingungen und ein offener Arbeitsmarkt.

Am Samstagmorgen organisierte die Fraktion ein Medientraining. Die Fraktionsmitglieder hatten so die Möglich-

keit, Fernsehinterviews zu trainieren und Techniken zu lernen, um die eigenen politischen Argumente gut verkaufen zu können. Die neuen Parlamentarier waren hier besonders gefordert.

Das Seminar wurde abgerundet durch Vorträge über die Zukunft der beruflichen Altersvorsorge. Bereits seit einigen Jahren macht die FDP auf die prekäre Situation in der zweiten Säule aufmerksam. Der Umwandelungssatz ist im Verhältnis zum demografischen Wandel und den niedrigen Renditen auf den Finanzmärkten zu hoch. Die FDP wird im Rahmen des Vernehmlassungsprozesses entsprechende Stellung beziehen. Es besteht kein Zweifel, dass einige Abstriche in Kauf genommen werden müssen, um das weitere Bestehen der zweiten Säule und somit des nationalen Zusammenhalts zu gewährleisten. Den Status quo oder gar das Ende der Reformen zu befürworten, ist illusorisch.



... wie auch im Einzelunterricht. Hier mit Nationalrat Markus Hutter.



## Vorstellung Fraktionspräsidium

## «Bei mir lebt keine Schokolade lange»

**Fraktionspräsidentin  
Gabi Huber «persönlich»**

*Was macht Sie zu einer Liberalen?*  
Der ständige Versuch, das Dreigestirn der liberalen Werte – Freiheit, Selbstverantwortung und Gerechtigkeit – in Politik, Beruf und im Privatleben umzusetzen.

*Was war das Ereignis, das Sie politisiert und bewogen hat, der FDP beizutreten?*  
Der geplante Bau eines Atommüll-Endlagers im Kanton Uri.

*Was haben Sie als Fraktionspräsidentin gelernt?*  
Kontroverse Diskussionen zu moderieren und einem Beschluss zuzuführen, der möglichst von allen getragen wird.

*Was war Ihr schönster Moment als Fraktionspräsidentin?*  
Die besten Momente sind immer jene, wenn das Parlament im Sinne der FDP-Liberale-Fraktion beschliesst.

*Was erhoffen Sie sich persönlich vom neuen Parteipräsidenten?*  
Dass er oder sie 2015 einen Wahlerfolg der FDP/Die Liberalen feiern wird.

*Was macht Sie zu einer guten Rechtsanwältin?*  
Meinen Klienten den Gang vors Gericht, wenn immer möglich, zu ersparen und nach anderen Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

*Was ist die erste Ungerechtigkeit, an die Sie sich erinnern?*  
An die erste erinnere ich mich nicht, aber an die prägendste: Es war die Sanktionierung mit einem Ultimatum, weil ich zusammen mit einigen anderen eine kritische Schrift über unsere Mittelschule verfasst hatte. Das hiess schweigen oder von der Schule fliegen.

*Was würden Sie am Schweizer Recht ändern?*  
Ganz allgemein wünschte ich mir, wir fänden zurück zur sensationell einfachen



Gabi Huber

chen Gesetzessprache von Eugen Huber, dem Schöpfer des Zivilgesetzbuches (ZGB):

1. Nicht mehr als drei Absätze pro Artikel und Absätze nur aus einem Satz; 2. Pro Satz eine Norm; 3. Kurze

und verständliche Sätze, teilweise fast wie Sprichwörter (früher noch: «Heirat macht mündig»); 4. Verweise durch einen Satz, der den Inhalt widerspiegelt, und nicht durch einen Hinweis auf Artikelnummern.

**Vizefraktionspräsident  
Ignazio Cassis, NR/TI**

«Vizepräsident der Fraktion, Vertreter der lateinischen Schweiz, was war denn eigentlich? Was bedeutete es genau? Gibt es überhaupt eine lateinische Schweiz?

Diese Frage schwebte ein paar Tage in meinen Kopf. Ich gebe zu, es war nicht das erste Mal, zu gross war die Aufregung wegen des Fehlens eines Tessiner Bundesrats. So sagte ich mir: «La Suiza latina no existe», in Anspielung auf das Schweizer Motto der Weltausstellung 1992 in Sevilla. Die gibts ja wirklich nicht! Für die Deutschschweiz ist sie ein Konstrukt, um die Sprachminderheiten in einer Schublade zu versorgen. Für die Westschweiz ist der Begriff dann nützlich, wenn sie mehr Stimmen braucht. Und trotzdem: Ich war zwei Jahre zuvor Präsident der Groupe Latin – was «latin» auch immer bedeutet. Fest steht:

es hat eine französische und eine italienische Schweiz. Diese sind verschiedenen und lassen sich nicht in eine «lateinische Schweiz» subsumieren. Und die deutsche Schweiz ist nochmals was anderes.

«Nun gut», sagte ich mir – «tue es!» So meldete ich mich für diesen Dienst. Warum? Mit welchem Ziel?

Ich weiss es auch nicht genau. Die menschliche Motivation – sagen die Experten – beruht im Wesentlichen auf vier Säulen: fun, glory, money, repression. Fun? Ja, es ist spannend, neue Abenteuer zu erleben, man lernt und wächst! Glory? Natürlich: Im Parlament sind wir ohnehin fast alle ziemlich narzisstisch! Money? Kein Rapfen! Repression? Nein, niemand hätte mich bestraft, wenn ich es nicht gemacht hätte.

So wurde ich gewählt. Seitdem sitze ich stolz – als Diener der Fraktion – neben unserer geschätzten Fraktionschefin Gabi Huber und meinem frühe-

*Was war Ihr schwerster Moment als selbstständige Rechtsanwältin?*  
Als ich herausfand, dass ein Klient mich angelogen hatte in der Meinung, ich könnte ihn dann besser vertreten.

*Was ist Ihre Lieblings-Skitour?*  
Alle Tagestouren ab Realp im Kanton Uri.

*Was sind Ihre Lieblingsorte in Altdorf?*  
Die Aussichtspunkte im Bannwald über Altdorf.

*Was war Ihr letztes Abenteuer?*  
Nicht gerade ein Abenteuer, aber ein tolles Erlebnis war meine erste Reise nach Südamerika vor vier Jahren.

*Was ist Ihre Lieblingsschokolade?*  
Ob weiss, braun oder dunkel, bei mir lebt keine Schokolade lange.

*Was möchten Sie unbedingt noch einmal erlebt haben?*  
Einen Sommer auf der Alp.

ren Lehrer Felix Gutzwiller. Eines kann ich garantieren: Die Sicht auf die ganze Fraktion im Zimmer 3 des Bundeshauses ist ein neues Erlebnis!

Mein Ziel? Die neue Funktion gut erfüllen und daran Freude haben ... **aus Liebe zur Schweiz!>**

**Vizefraktionspräsident  
Felix Gutzwiller, SR/ZH**

«Die FDP-Liberale-Gruppe im Ständerat ist nach wie vor unter den stärksten Gruppen und kann deshalb auch zum Beispiel mit der CVP Mehrheiten beschaffen. Im Gegensatz zum Nationalrat gibt es deshalb kaum unheilige Allianzen. Diese Stärke wollen wir in dieser Legislatur noch besser ausspielen und mithelfen, entsprechende Mehrheiten für die Fraktionsanliegen zu erzielen. Mit den drei Sitzen pro Kommission sowie den beiden Präsidien (SGK, WBK) sollte das auch gelingen.»



**NEIN zur Buchpreisbindung am 11. März 2012!**

# Unsere Weissgeldstrategie ist aktueller denn je!

2009 erschütterte die UBS-Unterstützung für Steuerbetrüger die Schweiz. Ein Staatsvertrag, eine hohe Busse sowie die Übermittlung von Kundennamen wurden nötig. Einige Parteien verteufelten als Folge den ganzen Finanzplatz und alle Bankangestellten, andere steckten den Kopf in den Sand.

**Stefan Brupbacher,**  
Generalsekretär  
FDP.Die Liberalen

Anders die FDP: Nach heftigen Diskussionen einigte sich die Partei auf eine Strategie für einen sauberen und starken Finanzplatz. Damit übernahm die Partei Verantwortung.

Unsere Strategie ist heute aktueller denn je. Banken, welche 2009 versicherten, die UBS sei ein Einzelfall, stehen heute am Pranger. Klar, den USA geht es überhaupt nicht um die Moral, sondern ums Geld, und Miami ist das Zentrum für Südamerikas Geldwäscher und Steuerhinterzieher. Aber wer nach der UBS noch Schlaumeiereien mit US-Kunden betrieb, hat den ganzen Finanzplatz gefährdet.

Umso dringender ist die Umsetzung unserer Weissgeldstrategie. Sie baut auf folgenden Grundsätzen auf:

- Die FDP will einen sauberen und starken Finanz- und Werkplatz.

- Steuern sind ordnungsgemäss zu zahlen. Dafür ist der Bürger verantwortlich. Missbräuche im In- und Ausland sind streng zu ahnden. Banken dürfen Steuerhinterziehung nicht unterstützen.

- Die Privatsphäre ist zu schützen – wir wollen keine gläsernen Bürger. Die Steuerehrlichkeit in der Schweiz ist hoch. Das Bankkundengeheimnis soll weiterhin gelten.

- Die Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Schweiz müssen verbessert werden.

Kämpfen muss die Schweiz an zwei Fronten. Erstens für den sauberen Finanzplatz: Bieten wir weniger Angriffsfläche und dafür mehr Rechtssicherheit für Private, Pensionskassen und Unternehmen als Bankkunden. Konkret bedeutet das:

- Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) gemäss



Seit 2009 schlägt die FDP konkrete Lösungen für einen sauberen und starken Finanzplatz vor.

OECD-Mindeststandard. Das ermöglicht Amtshilfe bei Steuerhinterziehung im identifizierbaren Einzelfall. Die OECD wird hier eine neue Interpretation für Gruppenanfragen beschliessen (z. B. Kunden, die anonyme Stiftungen verwenden). Die FDP unterstützt die Aufnahme dieser Regel im DBA mit den USA, wenn damit eine Globallösung für die Altlasten gefunden wird.

- Einführung der Abgeltungssteuer mit Deutschland und Grossbritannien, weiteren EU-Staaten sowie möglicherweise eine analoge Lösung auf EU-Ebene im Rahmen des Zinsbesteuerungsabkommens. Dabei werden Altgelder legalisiert. Diese Verträge werden zurzeit von den Linken Deutschlands und der EU hintertrieben. Sie werden sich trotzdem durchsetzen, denn nur so erhält Europa Steuereinnahmen und verhindert den Abfluss dieser Gelder nach Asien.

- Banken müssen Verhaltensregeln einführen, damit aufgrund konkreter

Umstände offensichtlich hinterzogenes Geld nicht angenommen wird. Die Selbstdeklaration für ausländische Bankkunden ist länderabhängig zu prüfen. Schweizer Banken dürfen aber nicht zur ausländischen Steuerpolizei verkommen oder mit Haftungsklagen belegt werden können.

Die zweite Front ist die Stärkung des Finanzplatzes. Wir befinden uns in einem Wirtschaftskrieg. Als Kleinstaat ist die rasche und konsequente Verbesserung der Rahmenbedingungen meist erfolgreicher als die direkte Konfrontation. Leider fehlt in der Bundesverwaltung der Willen, eine Deindustrialisierung im Finanzplatz zu verhindern. Wir fordern:

- Abschaffung der Stempelsteuer, damit Unternehmensanleihen und Aktien in der Schweiz ausgegeben werden. Das gilt namentlich für das neue Geschäft der Zwangswandelanleihen von Banken (COCOs). Dieses neue Geschäft darf nicht ans Ausland verlorren werden.

- Keine Überregulierung im Anlagegeschäft. Die vom Bund vorgeschlagenen Regeln würden den Vertrieb ausländischer Fonds in der Schweiz und den Vertrieb an ausländische Kunden unterbinden, womit viele Gesellschaften wegziehen.

- Stärkung der Privatsphäre: Nicht nur wer Bankdaten stiehlt, sondern auch wer dazu anstiftet oder davon profitiert, muss bestraft werden. Die ausländische Anstiftung zum Diebstahl ist ebenso zu bekämpfen wie der Datenklau im Inland für politische Zwecke.

Die Situation ist ernst – nicht nur wegen der US-Angriffe. SP und SVP spielen bereits wieder mit dem Feuer, indem sie mit der Ablehnung des Zusatzvertrags drohen und erpresserische Forderungen stellen. Parteien und Bundesrat stehen in der Pflicht, gemeinsam alles für einen starken und sauberen Finanzplatz zu unternehmen und damit Arbeitsplätze nachhaltig zu sichern – **aus Liebe zur Schweiz.**

## «Die FDP ist die beste Brückenbauerin»

Nationalrat Fulvio Pelli wird nach sieben Jahren gegen Ende April das Parteipräsidium abgeben. In dieser Zeit hat er einige Hochs, aber auch Tiefs erlebt. Wir wollten von ihm wissen, was ihn besonders bewegt hat.

*Herr Pelli, Sie wollten in Ihrer Jugend als Ingenieur Brücken bauen. Ist Ihnen als Politiker die Rolle des «Brückenbauers» gelungen?*

Ich habe zumindest versucht, als Brückenbauer tätig zu sein. Als Parteipräsident zuerst im Tessin, danach auf nationaler Ebene. Das war meine Rolle – ob es gelungen ist, müssen andere beurteilen.

*Auf welchen Erfolg sind Sie besonders stolz?*

Was die Parteipolitik betrifft, ist sicherlich die Fusion zwischen den Liberalen und den Freisinnigen ein riesiger Erfolg, insbesondere in der Westschweiz. Es war das erste Mal seit langem, dass Parteien fusioniert und sich nicht aufgeteilt haben. Zur inhaltlichen Politik: Es ist nach wie vor so, dass die FDP die beste Brückenbauerin ist. Wir sind nach wie vor am erfolgreichsten darin, konstruktive Lösungen zu finden. Deshalb wird die Politik der Schweiz immer noch zu einem grossen Teil von der FDP bestimmt.

*Was würden Sie als Misserfolg bezeichnen?*

Bezüglich der politischen Karriere auf Bundesebene: Der Trendumkehr bei unseren Wähleranteilen ist mir nicht gelungen. Die Verluste haben sich zwar in Grenzen gehalten, aber Verluste sind Verluste. Das ist für mich ein Misserfolg.

*Gab es Momente der Enttäuschung, wo Sie am liebsten alles aufgegeben hätten – etwa während der Diskussionen zum Finanzplatz vor zwei Jahren?*

Nein, damals suchten wir mit der Weissgeldstrategie eine neue Positionierung, welche zeitgemässer ist. Dass solche Anpassungen für eine Partei schwierig sind, ist klar. Aber wir sehen gerade im Moment, wie richtig diese Positionierung und Strategie war.



*Also waren Sie nie richtig enttäuscht?*

Wir haben mehrere Jahre gearbeitet, um unsere Positionen zu festigen und die Wahrnehmung der FDP in der Öffentlichkeit zu verbessern. Dann ge-

dass ein externes Ereignis die Schweizer Politik so prägen konnte.

*Sie haben die klassische «Ochsentour» absolviert, haben vom Gemeinderat in den Grossen Rat und von*

**Neues zu schaffen, machte mir am meisten Freude!**

schah der Atom-Unfall in Japan, der viel Arbeit vernichtete: Unsere Positionierung wurde in Frage gestellt, ohne dass wir etwas dagegen tun konnten. Es war eine grosse Enttäuschung,

dort in den Nationalrat gewechselt. Haben Ihnen diese Erfahrungen geholfen?

Auf der Parteiebene war die Erfahrung als Kantonalparteipräsident im Tessin

sicherlich sehr hilfreich. Die Dynamik der menschlichen Beziehungen innerhalb einer Partei sind auf allen Stufen dieselben. Es ist immer schwierig, die Leute zusammenzuhalten, Kommunikationsstrategien zu erklären und die richtige Verhaltensart gegenüber Abweichlern zu haben. Inhaltlich waren die Erfahrungen hingegen anders. Auf nationaler und lokaler Ebene ist es befriedigender, weil die Kantone immer weniger echte Kompetenzen haben: Der Trendumkehr bei unseren Wähleranteilen ist mir nicht gelungen.

*Wie können wir heute die Jungen wieder mehr für Politik begeistern – und auch in der FDP Talente fördern?*

Das ist eine schwierige Aufgabe. Erstens, weil es oft so ist, dass die Jugendlichen etwas weniger liberal sind. Dann machen sie berufliche Erfahrungen und merken plötzlich, dass die liberalen Grundsätze sehr wichtig sind für das Funktionieren der Gesellschaft.

Zuerst ist man revolutionär und merkt erst später, dass die konstruktive Politik besser und produktiver ist. Deshalb ist es schwierig, die Jungen zu überzeugen.

Man muss aber trotzdem Politik für die Jungen machen, denn im «Generationenkampf» in der Politik ist es so, dass die älteren Generationen immer gewinnen. Wenn du zur älteren Generation gehörst, hast du fast Schuldgefühle, wie die Interessen der jüngeren Generationen vernachlässigt werden: Zum Beispiel durch das Anhäufen von Schulden. Oder durch die Reformblockade bei den Sozialversicherungen, welche die Renten von morgen gefährdet.

Mit unserem Mentoring-Programm fördern wir gezielt junge Talente, eröffnen ihnen eine Perspektive für ihre politische Karriere. Sie merken: Sie können etwas bewegen und sind wichtig für die Partei.

*Welche Aufgaben und Tätigkeiten als Präsident haben Ihnen grossen Spass gemacht – und welche weniger?*  
Als Politiker hat man immer «Spass»

Gesellschaft entwickelt sich in einer Art und Weise, die alles verkompliziert. Die Leute können nicht mehr verstehen und nicht mehr folgen. Mehr

ich mache es sehr gerne. Allerdings tendiere ich immer mehr dazu, politisch anstatt technisch als Jurist zu argumentieren. Das kann in meinem Beruf zu einem Problem werden (lacht). Ausserdem kann ich nun vermehrt Freundschaften pflegen. Ich war oft unterwegs, und das kam dadurch zu kurz.

## Die Fusion zwischen den Liberalen und den Freisinnigen war ein riesiger Erfolg, insbesondere in der Westschweiz.

daran, an Entscheidungsfindungen teilzunehmen. Bei mir persönlich war dies vor allem in wirtschaftlichen Themen der Fall, wo ich auch in den entsprechenden Kommissionen bin. Als Parteipräsident war ich aber bei allen Themen involviert. Neues zu schaffen, machte mir am meisten Freude: Als Parteipräsident kann man die Positionspapiere wie auch deren Umsetzung – Vorstösse und politische Debatten – mitgestalten.

Freiheit und Eigenverantwortung, das ist unser Kompass.

Ich bin überzeugt, dass dies die richtigen Themen sind, nun müssen wir sie weiter pflegen.

*Sie werden auch persönlich mehr Freiheit haben, wenn Sie das Amt des*

*Was werden Sie vermissen?*

Da ich Nationalrat bleiben werde, wird mir die Politik nicht fehlen. Vielleicht aber die engen Kontakte mit den Bundesräten und den anderen Parteien sowie die Teilnahme an wichtigen Entscheidungen. Vielleicht werde ich auch weniger eingeladen, was auf der einen Seite gut ist, auf der anderen Seite schade. Denn ich konnte sehr viele

## Man muss Politik für die Jungen machen, denn im «Generationenkampf» in der Politik ist es so, dass die älteren Generationen immer gewinnen.

*Parteipräsidenten im April abgeben. Haben Sie schon Pläne?*

Ich werde nicht aufhören zu arbeiten. Ich werde vermehrt in meinem Beruf, in meiner Anwaltskanzlei, tätig sein können. Darauf freue ich mich, denn

interessante Leute treffen als Parteipräsident. Das hat mich bereichert.

*Haben Sie Tipps für Ihren Nachfolger oder ihre Nachfolgerin?*

Ich würde sagen, das Wichtigste für

### Präsidiams-Wahl

Die Delegiertenversammlung vom 21. April 2012 wird die Nachfolge von Fulvio Pelli bestimmen und auch das Vizepräsidium wählen. Die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten (PPK) hat am 8. Dezember eine Findungskommission unter der Leitung von Martine Brunshwig Graf (alt Nationalrätin GE) eingesetzt, welche den Nachfolgeprozess leitet. Sie prüft die Kandidaturen (inkl. Leumundsprüfung) und erstellt zuhanden der PPK einen Bericht. Zudem wurde das Anforderungsprofil an den neuen Präsidenten oder die neue Präsidentin bestimmt und der Zeitplan bis zur Wahl verabschiedet. Die Unterlagen dazu finden Sie auf [www.fdp.ch/praesidiumswahl](http://www.fdp.ch/praesidiumswahl).

*Hat es einmal etwas gegeben, das grosse Überwindung gebraucht hat?*

Schlechte Erlebnisse verdrängt man eher. Aber ich kann mich erinnern, als bei den Wahlen im Herbst lange nicht klar war, ob ich gewählt würde. Ich wurde im Tessin nicht als Politiker, Parteipräsident oder Liberaler kritisiert – sondern als Präsident der Kantonalbank. Es ist den Gegnern gelungen, mich ohne inhaltliche Begründung in Frage zu stellen. Das war merkwürdig, denn ich konnte eigentlich nichts dagegen machen. Aber dann hat es doch gereicht (lacht).

*Eine inhaltliche Frage: Warum, denken Sie, sind unsere drei Kernthemen auch in Zukunft die richtigen?*

Die Glaubwürdigkeit der Partei auf diesen drei Themen ist aufgebaut: Wir lösen Probleme in wirtschaftlichen Themen, welche Auswirkungen auf die Arbeitsplätze haben. Auch die Sicherung der Sozialversicherungen ist für die Leute ganz wichtig. Hier setzen wir uns seit langem gegen den drohenden Rentenkollaps ein.

Der dritte Bereich – «Kampf gegen die Bürokratie» – scheint ein Widerspruch zu sein wegen unserem Bild als staatstragende Partei. Aber ein schlanker und in seinen Kernaufgaben starker Staat ist kein Widerspruch. Unsere

einen Parteipräsidenten ist gar nicht, führen zu können. Das ist zwar auch wichtig. Doch das Wichtigste ist das Zuhören! Die Probleme verstehen zu können. Nur so kann die FDP volksnah bleiben. Dafür braucht es sehr viel Kontakte und Gespräche mit der Basis, um von dort auch Impulse zu erhalten.



# Liberalismus in Bild und Ton

Seit Mitte Januar ist FDPtv unterwegs, um einen Film über den Liberalismus zu drehen. Alle Landessprachen, verschiedenste Orte, Männer und Frauen jeden Alters sollten im Film vorkommen, denn unsere Ideologie kennt keine Grenzen.

Mit dem Ziel, der an der Delegiertenversammlung vom 11. Februar verabschiedeten liberalen Resolution ein Gesicht zugeben, entwickelte das Generalsekretariat die Idee eines Films. Die Arbeiten am Konzept begannen in den ersten Januartagen 2012. Mehrere Mitarbeiter des Generalsekretariats machten sich zusammen daran, ein Filmskript zu schreiben. Eine persönliche und emotionale Komponente waren von Anfang an fester Bestandteil des Konzepts.

Schnell zeigte sich, dass möglichst viele Mitglieder in das Filmprojekt involviert werden sollten, um alle Facetten der Partei und des Liberalismus abbilden zu können. Über 20 Personen aus allen Landesteilen wurden systematisch für den Film angefragt: vom Tessin über Graubünden bis nach Basel und Lausanne. Zusätzlich war die Vielfalt der Lebenssituationen eines der Kriterien: von der dreifachen Mutter über den Anwalt und die Lehrerin bis hin zum Bundesrat.

## «Du bist liberal»

Kern des Films bildet der Text. Er sollte bereits am Beginn der Delegiertenversammlung gewisse Elemente der Resolution auf einer emotionalen Ebene vorstellen. Daneben sollten gewisse Grundzüge des Liberalismus aufgezeigt, erläutert und in einen breiteren Kontext gestellt werden (z. B. Freiheit und Verantwortung). So fand auch ein Zitat von Einstein seinen Weg in das Skript («Alles wirklich Grossartige und Inspirierende wird durch den Einzelnen geschaffen, der in Freiheit arbeiten kann»).

Dreh- und Angelpunkt des gesamten Films ist die in allen Landessprachen wiederkehrende Passage «Du bist liberal». Sie soll einen Bezug zwischen dem Zuschauer und dem im Film gezeigten Liberalismus schaffen. Gerade der letzte Block sollte die Ver-



Impressionen von den Drehtagen: vom FDPtv Luzius Müller und Samuel Lanz.

bindung zwischen Mitgliedern, Partei, der Schweiz und den liberalen Werten aufzeigen: «Deine Schweiz lebt von liberalen Werten; Deine FDP lebt diese liberalen Werten; Du gehörst dazu; Du bist liberal – aus Liebe zur Schweiz.»

## Endlich Dreharbeiten

Am ersten Tag begab sich die Filmcrew nach Basel, um eine junge Lehrerin, den Präsidenten der Jungfreisinnigen Basel-Stadt und eine Mitgliederversammlung zu filmen. Anschliessend wurden in Bern aus den Erfahrungen die Konsequenzen gezogen. Nach kleinen Anpassungen im Drehplan wurde ein paar Tage später im Kanton Aargau gedreht, wo sich die junge Mutter Maya Riniker zur Verfügung stellte. Weiter ging es in den Kanton Bern, da kam Nationalrätin Christa Markwalder zum Zug, und natürlich durfte auch Bundesrat Schneider-Amman nicht fehlen. Nach Aufnahmen in den Kantonen Aargau und Bern ging es an einem kalten Samstagmorgen ans Fraktionsseminar, um Andrea Caroni zu filmen. Gleichentags fuhr das Team weiter nach Schwyz, wo neben dem Liberalismusfilm auch noch ein Shoot mit der Ortspartei Galgenen auf dem Drehplan stand. Am 6. Drehtag folgte ein Ausflug ins Tessin. Doch der Schnee verhinderte typische Bilder aus der Sonnenstube. Weiter wurden in dieser Woche verschiedenste Orte in der Romandie besucht. Den Abschluss bildete das Skiweekend des Generalsekretariats in Davos, wo Aufnahmen aus dem Kanton Graubünden gemacht wurden.

Nach einer Woche Schnitt- und Tonarbeiten war der Film am 10. Februar termingerecht für seine Premiere an der Delegiertenversammlung fertig.

[youtube.com/FDPSchweiz](https://www.youtube.com/FDPSchweiz)

Die Delegiertenversammlung der Partei hat am vergangenen Samstag, 11. Februar, in Bern einstimmig die «Liberale Resolution» verabschiedet.

Das liberale Original – Resolution *FDP.Die Liberalen*

## Unser Kompass: Freiheit und Verantwortung

Wir Freisinnig-Liberalen glauben an die Kraft von Freiheit und Verantwortung. Freiheit ermöglicht es uns, unser Leben selber zu gestalten. Doch Freiheit verpflichtet. Deshalb ist Verantwortung das Fundament einer freien Gesellschaft. Für diese Werte kämpfen wir seit über 160 Jahren. Der liberale Kompass hat unserem Land Wohlstand, Stabilität und Frieden gebracht. Noch heute leben wir Schweizerinnen und Schweizer in einem Staat, der seiner Bevölkerung Entfaltungsmöglichkeiten in einer vielfältigen, freien und toleranten Gesellschaft bietet. In einer Marktwirtschaft, die dank Wettbewerb und Innovation zur Weltspitze gehört – und dank Sozialwerken ein Auffangnetz für die Schwächeren bereithält. Freiheit, Verantwortung, Vielfalt, Unabhängigkeit, Weltoffenheit, Leistungsbereitschaft, aber auch Anstand und Bescheidenheit: Auf diesen liberalen Werten ist unsere Schweiz aufgebaut.

Heute ist dieser liberale Erfolgsweg an mehreren Fronten bedroht. Werte wie Anstand, Bescheidenheit und Zivilcourage gehen immer mehr verloren: Das zeigen exzessive Boni, abnehmendes Engagement von Firmen für das Milizsystem, Abfallberge und Trinkgelage

und politisches Hickhack unter der Gürtellinie.

Wenn Private, Politiker und Firmen die Verantwortung für sich, die Gemeinschaft und die Umwelt nicht mehr wahrnehmen, folgt der Ruf nach mehr Staat. Von ihm werden für jedes Problem Gesetze und absolute Sicherheit gefordert – oft auf nationaler Ebene, obwohl sich immer mehr Probleme nur noch international regeln lassen wie bei Fragen um den Finanzplatz. Die Folgen sind weniger Freiheit für jeden, ein Gesetzesdschungel und damit überbordende Bürokratie. Gleichzeitig wird die Freiheit des Einzelnen und der Unternehmungen immer weiter eingeschränkt.

Das Vertrauen in Marktwirtschaft und liberale Politik steht in der Schweiz auf dem Spiel. Wir Liberalen nehmen diese Herausforderung an. Wir kämpfen für Erfolg und Wohlstand, aber auch für Verantwortung und Anstand in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Wir kämpfen für einen schlanken und in seinen Kernaufgaben starken Staat. Wir kämpfen für Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und nachhaltig arbeiten. Wir kämpfen für gezielte Reformen, damit der Rentenkolaps und eine Schuldenkrise verhindert

werden können. Wir kämpfen für eine Chancengesellschaft, in der sich Leistung lohnt. Wir kämpfen für eine wirtschaftlich offene und starke Schweiz und internationale Lösungen anstatt Faustrecht.

Wie 1848, bei der Gründung der modernen Schweiz, steht die freisinnig-liberale Bewegung heute vor einer Herkulesaufgabe: Wir dürfen nicht zulassen, dass der liberale Erfolgsweg endet. Wir werden nicht zuschauen, wie der Begriff «liberal» zum bedeutungsleeren Modewort verkommt.

Uns leitet der liberale Kompass: Freiheit und Verantwortung. Im Zweifel für die Wahlfreiheit des Einzelnen statt für Verbote. Im Zweifel für die Eigenverantwortung statt für neue Gesetze, Staatsausgaben, Schulden und Steuern. Im Zweifel für die Freiheit.

Wir kämpfen dafür, die Schweizer Bürgerinnen und Bürger von neuem von der liberalen Kraft zu überzeugen. Wir wollen wieder die politische Heimat für all jene sein, die nach Freiheit streben und dafür Verantwortung für sich, die Gemeinschaft und die Umwelt übernehmen. Wir sind die freisinnige Volkspartei. Wir bleiben das liberale Original – aus Liebe zur Schweiz.

# Interessenwahrung und Förderung von Werten

Seit sechs Wochen tagt der Bundesrat in neuer Zusammensetzung und neuer Departementsverteilung. Die Themen zwischen Innen- und Aussendepartement unterscheiden sich natürlich stark. Aber eines bleibt gleich: Es geht darum, die Interessen unserer Bevölkerung zu wahren und unsere Werte zu fördern.

Liebe Parteifreunde

Die schweizerische Aussenpolitik ist Interessenpolitik. Sie wahrt die Unabhängigkeit des Landes, fördert seine Wohlfahrt und gewährleistet die Sicherheit seiner Bevölkerung. Die Aussenpolitik des Bundesrates zielt darauf ab, die politische und wirtschaftliche Stellung der Schweiz zu verteidigen, Handlungsspielräume zu schaffen, Opportunitäten zu nutzen und Risiken adäquat zu begegnen.

#### Liberaler Werte fördern

Aussenpolitik ist aber mehr als Interessenwahrung, sie ist unseren Grundwerten verpflichtet und fördert diese. In diesem Sinne ist die schweizerische Aussenpolitik darauf ausgerichtet, unsere politischen Werte – es sind dies unliberale Werte – zu verwirklichen:

- die Achtung der Menschenrechte und die Förderung der Demokratie;
- die Linderung von Not und Armut in der Welt;
- das friedliche Zusammenleben der Völker und
- die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Interessenwahrung erfolgt nicht im luftleeren Raum, sondern im Rahmen der internationalen Rechtsordnung. Das gilt vor allem für die Schweiz, die traditionellerweise das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit hochhält. Wir setzen auf den Vorrang des Rechts vor Macht und sichern unsere Beziehungen durch vertragliche Regelungen ab.

Ein zweites Prinzip, das der Wahrung unserer Interessen dient, ist die Universalität. Das bedeutet, dass die Schweiz mit möglichst vielen Staaten gute Beziehungen anstrebt. Das dritte Prinzip oder Mittel der schweizerischen Aussenpolitik ist die Neutralität. Sie bedeutet völkerrechtlich in erster



Linie die Nichtteilnahme an internationalen Konflikten zwischen anderen Staaten. Politisch signalisiert die Neutralität aber auch Allianzfreiheit und Unabhängigkeit, und sie ist ein nützliches Instrument für die Mediationsrolle der Schweiz.

Das bedeutet aber nicht, dass die Schweiz abseits steht. Sie ist vielmehr ein solidarischer und mitverantwortlicher internationaler Partner. Solidarität und Mitverantwortung sind darum weitere Prinzipien unserer Aussenpolitik.

#### Strategische Prioritäten

Um wirkungsvoll zu sein, müssen die internationalen Aktivitäten der Schweiz priorisiert und Schwerpunkte gebildet werden. Für die nächsten Jahre lassen sich folgende vier strategi-

schen Schwerpunkte der schweizerischen Aussenpolitik identifizieren:

1. Die Pflege und Vertiefung der Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten, insbesondere mit Blick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Drei von fünf Nachbarländern gehören der G8 und der G20 an, was die Bedeutung der Beziehungen zu unseren Nachbarn unterstreicht.

2. Die Gestaltung unseres Verhältnisses zur EU – unserem wichtigsten Handelspartner – unter Wahrung unserer politischen Handlungsspielräume und langfristigen Wirtschaftsinteressen. Der Bundesrat hat vor zwei Wochen die nächsten Schritte für die Weiterführung der bilateralen Verhandlungen formuliert und dabei unter anderem festgehalten, dass eine Lösung der

institutionellen Fragen die Souveränität respektieren muss und die automatische Übernahme von EU-Recht ausgeschlossen ist.

3. Die Fortsetzung des Engagements zugunsten der politischen und wirtschaftlichen Stabilität in Europa und den angrenzenden Regionen. Die Schweiz hat ein evidenten Interesse an einem friedlichen und sicheren internationalen Umfeld, an der Einhaltung von Menschenrechten und daran, dass die Menschen in ihren jeweiligen Ländern ausreichende Zukunftschancen erhalten.

4. Strategische Partnerschaften mit ausgewählten Ländern pflegen und ausbauen sowie schweizerische Stärken in thematischen Bereichen auspielen. Es gilt, strategische Partnerschaften mit den BRIC-Staaten zu pflegen sowie neue Partnerschaften insbesondere mit G20-Staaten aufzubauen. Zudem kann die Schweiz dank ihrer Stärken in verschiedenen Bereichen einen nützlichen Beitrag zur Lösung globaler Probleme leisten und gleichzeitig den Standort Genf stärken. Die Schweiz ist beispielsweise in Forschung und Innovation führend. Durch eine aktive Wissenschaftsdiplomatie kann die Schweiz zur Lösung weltweiter Aufgaben beitragen, was in ihrem ureigenen Interesse liegt.

Die Schweiz ist das liberalste Land Europas. Es ist kein Zufall, dass liberale Prinzipien und Werte auch international hoch im Kurs sind. So meinte etwa Bundeskanzlerin Merkel am WEF in Davos, dass Europa eine Schuldenbremse, mehr Jobs und mehr Wettbewerbsfähigkeit brauche. Sie sprach von der Schweiz, ohne es zu sagen. Verteidigen wir also unsere Stärken und fördern wir unsere liberalen Werte.

**Ihr Bundesrat Didier Burkhalter**



Bürokratie-Stopp!-Wettbewerb

# Ihre Ortspartei, Ihre Kantonalpartei kann gewinnen

Die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!» neigt sich dem Ende zu. Wir brauchen noch einmal das Engagement von jedem einzelnen Mitglied, um die nötigen 100 000 Unterschriften rechtzeitig einreichen zu können. Als kleine Motivationsspritze dient ein interner Wettbewerb, bei dem jede Orts- und/oder Kantonalpartei gegen die anderen antreten kann. Diejenige Orts- und/oder Kantonalpartei, die bis am 16. März am meisten Unterschriften einschickt, gewinnt ein Fest mit einem unserer beiden Bundesräte im Wert von 3000 Franken (Ortspartei) bzw. 5000 Franken (Kantonalpartei). Motivieren Sie auch Ihre Orts- und Kantonalpartei, an diesem Wettbewerb teilzunehmen, und sammeln Sie Unterschriften für die Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!».



## Wenig Bürokratie ist ein Standortvorteil

Die Standortvorteile der Schweiz sind eine liberale Wirtschaftsordnung, wenig Steuern und ausgezeichnet ausgebildetes Personal. Was kann ein Unternehmen noch dazu bringen, sich in der Schweiz niederzulassen und somit Arbeitsplätze und Wohlstand zu schaffen?

Wir verfügen nicht über Bodenschätze wie Gold, Erdöl oder Diamanten. Die Schweiz ist ein Binnenland und somit auf den aufwändigen Transport über die Strasse, durch die Luft oder auf dem Rhein angewiesen. Effiziente Verwaltungsabläufe, qualitativ hochstehende Dienstleistungen und ausgebaute Möglichkeiten von E-Government erleichtern es einem Betrieb sehr, sich an einem Ort niederzulassen.

Gerade in der heutigen schnelllebigen Zeit ist es unausweichlich, dass Bewilligungen innert kürzester Frist



erteilt werden und administrative Arbeiten ohne grossen Aufwand möglichst effizient durchgeführt werden. Dabei sind versteinerte Strukturen in der Verwaltung Gift. In einer sich wandelnden Welt müssen sich auch die Strukturen und Abläufe der Verwaltung entsprechend anpassen. So müssen heute beispielsweise diverse Ämter angegangen werden für eine einzige Baubewilligung. Ziel muss es sein, die Verwaltung in diesem Bezug als

## Bündner Bürokratie-Initiative: Eine Erfolgsgeschichte

*FDP.Die Liberalen Graubünden* hat 2010 während des Wahlkampfs für den Grossen Rat eine kantonale Bürokratie-Initiative lanciert. Innerhalb von nur wenigen Monaten wurden die nötigen Unterschriften eingereicht. Nachdem der Grosse Rat der Initiative bereits einstimmig Folge geleistet hat, konnte das Bündner Volk am 29. Janu-

ar über die Vorlage abstimmen. Mit einem überwältigenden Mehr von über 91 Prozent wurde die Vorlage angenommen. Dies ist der Beweis dafür, dass weniger Bürokratie und effizientere Gesetze Anliegen der Schweizer Bürger sind. Jetzt gilt es, dieses Anliegen auch auf nationaler Ebene zu verwirklichen.

Dienstleisterin zu positionieren, die dem Antragsteller die Arbeit grösstmöglich vereinfacht. One-Stop-Shops ermöglichen genau dies. Der Antragsteller muss sämtliche Dokumente bei einem Amt einreichen. Die Verwaltung leitet diese an die entsprechenden Ämter weiter oder führt den Antragsteller gezielt zu den nächsten Schritten, um schnellstmöglich an sein Ziel zu gelan-

gen. Eine Verwaltung mit dieser Mentalität wäre effektiv ein grosser Pluspunkt für die Schweiz in der internationalen Konkurrenz und somit ein Standortvorteil. Deshalb müssen wir genau darauf achten, dass die Rahmenbedingungen für die Verwaltung optimal sind. Dies können wir mit der Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!» erreichen!

# Geldspiele sollen dem Gemeinwohl dienen

Nachdem das Parlament einen Gegentwurf zur Initiative verabschiedete, zogen die Initianten das Volksbegehren zurück. Daher kommt am 11. März 2012 lediglich der Gegentwurf zur Abstimmung.

Die ursprüngliche Initiative verfolgte das Ziel, dass Gewinne von Lotterien und gewerbsmässigen Wettanbietern gänzlich für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. Zudem sollten die Bruttospielerträge (= Umsatz – ausbezahlte Gewinne) der Spielbanken (Casinos) mehr zur Finanzierung der AHV/IV beitragen. Drittens beabsichtigten die Initianten eine klarere Kompetenzteilung zwischen Bund und Kantonen.

*FDP.*Die Liberalen unterstützt den Gegentwurf, der die Anliegen der

Initiative aufnimmt und aber gleichzeitig die Mängel behebt. Die Gründe sind:

■ **Klarere Kompetenzen:** Die Vorlage überträgt dem Bund die grundsätzliche Gesetzgebungskompetenz für Geldspiele. Die Kantone können Gesetze erlassen, solange der Bund von seiner Kompetenz nicht Gebrauch macht. Da der Gegenvorschlag auch eine zeitgemässe Umschreibung von Lotterien verwendet, wird die Abgrenzung von Spielen in Casinos (Bewilligung durch Bund) und anderen

Geldspielen (Bewilligung durch Kantone) stark erleichtert und Kompetenzkonflikte vermieden.

■ **Aufwertung der Kantone:** Analog zur aktuellen Gesetzgebung, jedoch neu auf Verfassungsebene, wird die Vollzugskompetenz der Kantone im Bereich der Geldspiele ausserhalb von Casinos erwähnt.

■ **Erhaltung der Rentabilität von Spielbanken:** Im Gegensatz zur Initiative, die keine Obergrenze vorsah, setzt der Gegentwurf die Maximalbesteuerung für die Bruttospieler-

träge von Casinos auf 80 Prozent fest. Es soll sich weiterhin lohnen, eine Spielbank zu betreiben. Empfängerin der Casino-Abgabe ist die AHV/IV.

■ **Zweckbindung der Gewinne ausserhalb von Spielbanken:** Die Reinerträge von Geldspielen ausserhalb von Spielbanken sollen wie bisher an gemeinnützige Projekte in Kultur, Soziales, Sport usw. gehen. Mit dieser Bestimmung auf Verfassungsebene entspricht der Gegentwurf dem wichtigsten Anliegen der Initianten.

## 5 Fragen an Daniela Schneeberger, FDP-Nationalrätin, Treuhänderin

*Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?*

Ich bin durch meinen Vater (Gemeindepräsident, Landrat) politisch vorbelastet. An unserem Familientisch wurde viel politisiert. Ich will etwas für die Gemeinschaft/das Gemeinwohl bewirken und dies bedingt eine aktive Beteiligung am politischen Leben.

*Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?*

In erster Linie unser einmaliges poli-



Daniela Schneeberger, BL

tisches System der Direkten Demokratie. Doch auch die kulturelle Vielfalt, die wunderbare Landschaft, die Offenheit unserer Gesellschaft sowie die Sicherheit und Geborgenheit sind wichtige Pluspunkte der Schweiz.

*Was war Ihr politischer Höhepunkt?*

Im Amtsjahr 2004/2005 durfte ich als Landratspräsidentin den Kanton Basel-Landschaft repräsentieren. Und natürlich meine Wahl in den Nationalrat am 23. Oktober 2011.

*Welchen Ratschlag geben Sie einer jungen Politikerin?*

Wichtig ist, dass man sich selber treu bleibt und selbstbewusst seine Ziele und Anliegen vertritt. Natürlich muss man zuerst auch den Mut haben, sich in der Öffentlichkeit zu engagieren.

*Wenn beamen möglich wäre, wohin oder in welche Zeit ginge Ihr Reise?*

Am ehesten würde ich mir die Fünfzigerjahre wünschen – mit Schmalzlocke, Rock 'n' Roll und Petticoat ...

Anzeige

Schweizer  
**Begeisterung**  
für Schneesport.

Dafür engagieren wir uns. Jeden Tag in der ganzen Schweiz. Swisscom – Hauptsponsor von Swiss-Ski seit 2002. [www.swisscom.ch/schnee](http://www.swisscom.ch/schnee)

swisscom

# Der teure Traum vom Eigenheim

Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer träumt davon, in den eigenen vier Wänden zu wohnen. Die wenigsten aber können sich diesen Traum erfüllen. Insbesondere für junge Familien ist Wohneigentum in der Regel zu teuer. Dabei gäbe es ein Mittel, um hier Abhilfe zu schaffen: das Bausparen.

Bauen ist in der Schweiz teuer. Dementsprechend schwierig ist es, Wohneigentum zu erwerben. An dieser Tatsache ändert auch eine positive Zinssituation wenig. Auch bei tiefen Hypothekenzinsen ist der Bedarf an Eigenmitteln gross. An diesen fehlenden Eigenmitteln scheitert sehr oft der Erwerb einer Liegenschaft. Gerade für junge Familien ist es meist schwierig, diese Mittel während ein paar Jahren einfach so beiseite zu legen, wenn daraus nicht ein unmittelbarer Nutzen entsteht. Einen solchen Nutzen bringt das Bausparen: Mittel, welche mit dem Ziel, Wohneigentum zu erwerben, angespart werden, werden steuerlich begünstigt.



## Erprobtes System

Dieses Bausparen könnte direkt nach der Volksabstimmung partiell eingeführt werden. 2004 konnten die Schweizer Bürgerinnen und Bürger an der Urne im Rahmen eines Steuerpakets über Bausparen abstimmen, dieses wurde aber abgelehnt. Ausschlaggebend für die Ablehnung des Pakets war

eine neue Chance. Trotzdem gibt es das Bausparen in der Schweiz bereits, nämlich im Kanton Baselland. Das Baselländer Beispiel zeigt, dass Bausparen die gewünschte Wirkung entfaltet.

Bausparen steht aber immer wieder vor den gleichen ideologischen Vorurteilen: Bausparen sei ein Steuergeschenk für Reiche. Für staatspolitisch bedenklich werden auch die Steuerausfälle erklärt. Diese Vorurteile haben sich aber längst als falsch erwiesen, wie eine wirtschaftswissenschaftliche Studie belegt:

■ So beträgt das durchschnittliche steuerbare Jahreseinkommen der Baselländer Bauspar-Haushalte nur 56 000 Franken – unterer Mittelstand also.

■ Seit der Einführung des Bausparens ist die Eigentumsquote im Kanton Baselland von 37 auf 42 Prozent gestiegen (CH-Durchschnitt: 35 Prozent).

■ Modellrechnungen haben zudem ergeben, dass sich das investierte Kapital über den wirtschaftsfördernden Effekt auch für den Staat lohnt. Tiefe-

ren Steuererträgen stehen Mehrerträge gegenüber. Grund für diese Mehrerträge sind Arbeitsplätze, welche durch den Bau und die Erneuerung von Liegenschaften geschaffen werden. Dieser wirtschaftsfördernde Effekt ist erheblich. Daher hat Bausparen also einen klaren Wachstumseffekt. In Baselland wird dank dem Bausparen jährlich ein volkswirtschaftlicher Nutzen von gegen 70 Millionen Franken ausgelöst.

## Wie es umgesetzt wird

Die Initiative ermöglicht den Kantonen die freiwillige Einführung des steuerbefreiten Bausparens: Während 10 Jahren können Bausparwillige jährlich 15 000 Franken (30 000 für Ehepaare) für den Kauf von selbstgenutztem Wohneigentum von den Steuern abziehen. Zudem werden Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen am Wohneigentum (jährlich 5000 Franken, 10 000

Franken für Ehepaare) resp. Förderprämien mit dem gleichen Zweck steuerlich begünstigt. Das Beispiel Baselland zeigt, dass Bausparen ein wirkungsvolles und für den Staat sogar lukratives

«Mit der Bauspar-Initiative wird die seit 40 Jahren praktisch wirkungslos in der Bundesverfassung stehende Wohneigentums-Förderung endlich in die Tat umgesetzt. Sie erleichtert aber nicht nur insbesondere jungen Familien den erstmaligen Erwerb eines selbstgenutzten Hauses oder von Stockwerkeigentum, sondern unterstützt auch das gezielte Ansparen von Eigenkapital für energetische Sanierungen an bereits bestehendem Wohneigentum. Staatliche Förderprämien in diesen Bereichen befreit sie von deren unsinniger Besteuerung und stärkt damit die Förderwirkung. Mit der Bauspar-Initiative unterstützen wir liberale Kernanliegen: einen starken und tragfähigen Mittelstand, eine innovative und leistungsfähige KMU-Wirtschaft sowie die Stärkung der eigenverantwortlichen Altersvorsorge, denn das zweckgebundene Bausparen unterstützt den Erwerb von Wohneigentum, ohne dass dafür die Pensionskasse mit Rentenkürzung im Alter beansprucht werden muss. Deshalb gilt am 11. März: Ja zum Bausparen!»

**Hans Rudolf Gysin, e. Nationalrat  
FDP.Die Liberalen, Präsident Initiativkomitee**

Mittel ist, um Wohneigentum zu fördern. Diese Wohneigentumsförderung ist überdies in der Bundesverfassung (Art. 108 BV) verankert.

«Die Bauspar-Initiative macht es Mieterinnen und Mietern, insbesondere jungen Familien, leichter möglich, ihren Traum vom Wohneigentum zu erfüllen. Denn sie unterstützt den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum (Haus oder Eigentumswohnung), ohne dass dafür die Pensionskasse mit Rentenkürzung im Alter beansprucht werden muss. Die Kantone sind frei, alle oder auch nur einzelne Elemente der Initiative umzusetzen und können so Rücksicht auf ihre unterschiedlichen Strukturen und Eigenheiten sowie auf bestehende Wohnbauförderungs- und Energiespar-Programme nehmen. Diese massgeschneiderte Initiative verdient unsere liberale Unterstützung – zum Nutzen freier Bürger, eines stabilen Mittelstands und der unverzichtbaren Arbeitsplätze und Lehrstellen in der Bauwirtschaft.»

**Markus Hutter,  
Nationalrat und Vizepräsident FDP.Die Liberalen**

damals aber nicht das Bausparen, sondern vielmehr der ebenfalls vorgesehene Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung. Daher besteht 2012

Baustopp fordern heisst Arbeitsplätze gefährden

# Nein zur Zweitwohnungsinitiative

## CONTRA

Filippo Leutenegger, Nationalrat FDP/ZH

Die Initianten verlangen eine Beschränkung der Zweitwohnungen in allen Gemeinden auf 20 Prozent. Eine solche Begrenzung würde in über 650 Gemeinden faktisch einen Baustopp bedeuten. Mit einem solchen Baustopp stünden unzählige Arbeitsplätze auf dem Spiel. Besonders in Tourismuskantonen wie Graubünden, dem Wallis oder dem Tessin hätte eine willkürliche Obergrenze ausserdem einschneidende Einnahmeausfälle zur Folge. Viele Tourismusprojekte sind gemeindeübergreifend und wären so blockiert. Abgrenzungsprobleme wären vorprogrammiert.

Der Umgang mit Zweitwohnungen liegt heute in der Kompetenz der Gemeinden. Eine Zwangslösung untergräbt die in der Bundesverfassung gewährleistete Gemeindeautonomie (Art. 50 BV). Es ist im Eigeninteresse der Gemeinden, aktiv zu werden. Einige tun dies bereits erfolgreich.

Die Initiative wirkt kontraproduktiv, denn auch in Gemeinden unter der 20-Prozent-Grenze ist mit einer Zunahme der Bautätigkeiten und ansteigenden Liegenschaftspreisen zu rechnen. Die Folge wären eine Wertverschiebung zu Gunsten auswärtiger Wohnungsbesitzer sowie eine verstärkte Landflucht.

Der Begriff «Zweitwohnung» ist ungenau definiert. Wann gilt eine Wohnung als Zweitwohnung? Schwierigkeiten in der Umsetzung lassen sich nicht vermeiden. Zur Überprüfung wird ein Kontroll-

apparat nötig sein. Erfahrungen aus Österreich zeigen, dass bei 1000 Ferienwohnungen ein Angestellter nötig wird.

Bereits heute gibt es verschiedene Massnahmen auf Kantons- und Gemeindeebene. Gezielte Lösungen sind starren Einheitsregimes auf Bundesebene vorzuziehen.

Als Liberaler stimme ich am 11. März Nein zur Volksinitiative «Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen!» – wie es Bundesrat und Parlament empfohlen haben. Eine zentralistische Raumplanung schwächt die Kantone und schafft regionale Ungleichheiten. Mir liegt die Schweiz am Herzen. Und zwar in ihrer Vielfalt. Nein zu einer zentralistischen Raumplanung und noch mehr Bürokratie – **aus Liebe zur Schweiz!**

## PRO

Bastien Girod, Nationalrat Grüne/ZH

Zweitwohnungen schädigen die Wirtschaft: In gewissen Regionen der Schweiz hat der Zweitwohnungsbau Auswüchse angenommen, die unser wichtigstes touristisches Kapital schmälern: intakte Landschaften. Sie sind der wichtigste Magnet für Gäste aus dem In- und Ausland. Hotellerie und Parahotellerie (bewirtschaftete Ferienwohnungen) können diese Touristen aufnehmen. Gleichzeitig sichert diese für die Schweizer Wirtschaft wichtige Branche überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze, garantiert das Überleben von Zulieferbetrieben wie Bäckereien, Metzgereien usw. sowie eine effiziente Bodennutzung. Rund 30 Mrd. Franken erwirtschaftet die Schweiz jährlich mit dem Tourismus. Zu dieser Wertschöpfung tragen die Zweitwohnungen kaum bei. Im Gegenteil. Sie

mögen kurzfristigen Profit für Spekulanten und die Bauwirtschaft bedeuten. Aber die kalten Betten der Zweitwohnungen schädigen die Hotellerie und Parahotellerie, die pro Flächeneinheit eine ungleich höhere Wertschöpfung generieren, gleich doppelt. Sie verdrängen sie und verschandeln die Landschaft, was Touristen abschreckt.

Deshalb braucht es massvolle, konkrete Massnahmen zur Eindämmung des Zweitwohnungsbaus. Die Initiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!» bietet eine gute Lösung, indem sie sanfte Leitplanken setzt und gleichzeitig die Hotellerie und Parahotellerie schützt. Wird die Initiative angenommen, lässt sie in den Ausführungsbestimmungen des Verfassungsartikels genügend Spielraum für eine pragmatische Umsetzung.

### Gemeinden mit Zweitwohnungsanteil von mindestens 20 Prozent

Die rot markierten Gemeinden weisen einen Anteil zeitweise bewohnter Wohnungen von mindestens 20 Prozent auf. Dies bedeutet für diese Gebiete einen Baustopp.



QUELLE: VOLKSZÄHLUNG 2000 BFS, INFOPLAN-ARE, GEOSTAT-BFS, SWISSTOPO, BERECHNUNGEN ARE, STAND DER GEMEINDEN

Achtung Ferienfalle

# Nein zur Ferieninitiative

So verlockend der Name, so verheerend die Folgen. Die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» von Travail.Suisse schadet KMU, schwächt die Wettbewerbsfähigkeit und belastet die Arbeitnehmenden. Eine breite Allianz von FDP, SVP, CVP, BDP und glp bekämpft die Vorlage.

Nicht alles, was wir verdienen, können wir uns auch leisten. 6 Milliarden Franken kostet uns eine Annahme der Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» von Travail.Suisse. Diese Mehrkosten für Schweizer Unternehmen liegen schlicht nicht drin – erst recht nicht in diesem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld mit Eurokrise und Frankenstärke. Die Gleichung ist einfach: mehr Ferien = weniger Jobs.

## Grösste Probleme für die Kleinsten

«6 Wochen Ferien für alle» trifft KMU, d. h. 99,7 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz, besonders hart. Denn je kleiner der Betrieb, desto stärker fallen Absenzen ins Gewicht. Klein- und Kleinstfirmen könnten einen Personalausfall oft nicht mit einer bezahlten Stellvertretung kompensieren. Resultat: Die betroffenen Firmen müssen den Betrieb reduzieren oder im schlimmsten Fall Arbeitsplätze abbauen. Zudem bringen mehr Ferien nicht automatisch mehr Erholung. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben – wegen der fehlenden Stellvertretung müssen die meisten Arbeitnehmenden eher mit mehr Stress vor und nach den Ferien rechnen.

## Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit

Höhere Arbeitskosten schwächen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz – eine zusätzliche Gefahr für die Arbeitsplätze. Wird die Ferieninitiative angenommen, könnten sich weniger ausländische Unternehmen in

der Schweiz niederlassen. Bereits ansässige Firmen werden vermehrt Arbeitsplätze ins Ausland verlagern und Leistungen aus dem billigeren Ausland einkaufen. Erneut sind speziell KMU die Leidtragenden, da eine kleinere Binnennachfrage vor allem die KMU-geprägte Zulieferindustrie schwächt.

## Kein Feriendefizit in der Schweiz

Entgegen den Behauptungen der Initianten weist die Schweiz kein Feriendefizit auf. Der gesetzliche Ferienanspruch entspricht den Regelungen in Ländern wie Deutschland, Belgien

oder Italien. Die bewährte Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ermöglicht, dass die Angestellten bereits heute im Schnitt rund 5 Wochen Ferien erhalten (s. Box). Hinzu kommen massgeschneiderte Lösungen in den Branchen wie z. B. flexible Arbeitsmodelle. Eine starre Verfassungsbestimmung, wie sie die Ferieninitiative vorsieht, gefährdet solche bewährten Vereinbarungen. Zudem kennt kein europäisches Land einen gesetzlichen Ferienanspruch von sechs Wochen.

Die Ferieninitiative setzt unseren Wohlstand aufs Spiel. Ein Nein zu «6 Wochen Ferien für alle» am 11. März 2012 stärkt den Werkplatz Schweiz und sichert Arbeitsplätze.

## Mehr Ferien dank Sozialpartnerschaft

Wie in Deutschland, Belgien oder Italien haben auch die Arbeitnehmenden in der Schweiz einen gesetzlichen Mindestanspruch auf vier Wochen Ferien pro Jahr. Dank diversen Gesamtarbeitsverträgen oder individuell ausgehandelten Lösungen verfügen viele Schweizer Arbeitnehmende über mehr Ferien: Im Schnitt sind es 4,8 Wochen für die 20- bis 49-Jährigen resp. 5,4 Wochen für die über 50-Jährigen. Beispiele für grosszügige Ferienregelungen liefern die Baubranche, die Druck- bzw. grafische Industrie und die Uhrenindustrie, wo die Arbeitgeber ihren Angestellten fünf Wochen und ab 50 sogar sechs Wochen gewähren. Die Ferieninitiative erschwert somit nicht nur den Dialog zwischen den Sozialpartnern, sondern ist weitgehend auch unnötig.

**FDP**  
Die Liberalen

11. März  
**NEIN!**

**Was nützen  
mehr Ferien,  
wenn der Job  
baden geht?**

**NEIN**  
**zur unbezahlbaren  
Ferieninitiative**

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

FDP/Schweizer, Bernli & Co. 2011/10/16

# Buchpreisbindung, quo vadis?

Im März 2012 stimmt das Schweizer Volk ab, ob die vor vier Jahren abgeschaffte Buchpreisbindung wieder eingeführt werden soll. Gut einen Monat vor der Abstimmung ist jedoch nicht bekannt, welche Folgen die Wiedereinführung mit sich bringen wird. Trotzdem soll ein Markt reguliert werden, von dem künftig ungewiss ist, wie er eigentlich funktionieren soll.

**Manuela Fetz,**  
Generalsekretärin Jungfreisinnige

Der Teufel steckt im Detail, wie ein bekanntes Sprichwort zum Besten gibt – so auch bei der Buchpreisbindung. Nebst dem Schweizer Markt soll auch der Import geregelt werden. «Dieses Gesetz regelt die Preise von Büchern, die gewerbmässig in die Schweiz eingeführt werden», heisst es im Bundesgesetz über die Buchpreisbindung. Ausgedeutet bedeutet dies, dass der gewerbmässige Import von Büchern der Buchpreisbindung untersteht, jedoch nicht der private Kauf im Internet. Ausländische Anbieter, zu denen der Internetriese Amazon gehört, können weiterhin Rabatte gewährleisten, wie es ihnen beliebt.

Davon ist auch Brenda Mäder, Präsidentin der Jungfreisinnigen Schweiz und Initiatorin des Referendums, überzeugt: «Es mag sein, dass in der Parlamentsdebatte einmal der Wille zum Ausdruck kam, private Käufe von Büchern aus ausländischen E-Shops der Preisbindung zu unterstellen. Dieser Wunsch fand aber keinen Einfluss im Gesetz – also stimmen wir de facto darüber ab, dass der Schweizer Onlinehandel gegenüber dem ausländischen benachteiligt sein soll. Das ist unbegreiflich und bestraft innovative Schweizer Buchhändler, die beispielsweise durch ein spezialisiertes Sortiment punkten.»

## Günstige Preise sind die beste Leseförderung

Niemand erkennt seine Freude an Belletristik mit Nischenbüchern. Bestseller sind es, die einem den Einstieg in die Welt der Worte öffnen. So hat sich dank Harry Potter manches Kind nicht nur für die Zauberei interessiert, sondern auch seine Begeisterung fürs Lesen entdeckt. Die Befürworter der Buchpreisbindung verkennen mit



ihren Behauptungen, dass die Angebotsvielfalt ohne Buchpreisbindung gefährdet sei, die Situation. Die Büchervielfalt wächst nicht weniger schnell als mit der Buchpreisbindung. Hat ein Autor eine Geschichte zu erzählen, wird er sie aufschreiben und versuchen, sie zu verkaufen. Je günstiger der Buchpreis, desto mehr Leute können zum Lesen bewegt werden: Bücher finden ihre Leserschaft eher, wenn sie günstiger zu kaufen sind. Was hinzukommt: Je mehr Leute lesen, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass auch Nischenangebote ihre Leserschaft finden.

## Keine staatlichen Eingriffe nötig

Lesen ist wieder beliebt – es werden immer mehr Bücher verkauft. Der Wettbewerb im Buchmarkt funktioniert, und ein legitimer Grund für einen staatlichen Eingriff existiert nicht. Die Buchpreisbindung ist ein unnötiges Instrument, um Bücher zu fördern. Die Befürworter wollen wieder ein Kartell einführen, obwohl dieses bereits vor vier Jahren durch das Bundesgericht als solches anerkannt wurde und momentan eine Verschärfung des Kartellgesetzes hängig ist.

Den Sinn einer Wiedereinführung der Buchpreisbindung sieht auch Brenda Mäder nicht: «Wir sind drauf und dran, das Kartellgesetz zu verschärfen, und ausgerechnet im Buchhandel soll das Heil allen Übels in einem Kartell liegen. Darüber hinaus behaupten die Befürworter der Buchpreisbindung, dass der Konsument profitieren würde – das wäre das absolute Novum: ein Kartell, das den Konsumenten dient. Wer hier nicht misstrauisch wird, hat vermutlich zu viele Märchen gelesen.» Die Gegner der Buchpreisbindung sind sich einig: Wer in der Schweiz eine Hochpreinsel schafft, wird garantiert Schiffbruch erleiden!



**Christa Markwalder, Nationalrätin BE: Jonathan Franzen «Die Korrekturen».** «Ich bin gegen die Buchpreisbindung, weil sie unnötig ist und ihr Ziel verfehlt.» Listenpreis\*: Fr. 35.50, günstigster Anbieter (amazon.de): Fr. 25.10, Preisreduktion: 29 Prozent.

**\* Der Listenpreis ...**

... ist der in einer Liste aufgeführte Preis für ein Produkt (bsp. ein Buch). Es kann sich hierbei entweder um eine unverbindliche Preisempfehlung oder, im Falle einer Preisbindung, um einen Festpreis handeln. Der Vergleich mit dem günstigsten Anbieter zeigt auf, wie viel Geld der Konsument bei Annahme der Buchpreisbindung zusätzlich hergeben müsste. Wird die Buchpreisbindung nämlich angenommen, sind die Buchhandlungen an den Listenpreis gebunden.

## Ein Blick ins Bücherregal der Liberalen

Für Politiker ist Lesen Teil ihres Lebens: Dossiers stapeln sich, Zeitungen liegen zerknittert in einer Ecke, und das Sachbuch über Armut sollte eigentlich schon lange gelesen sein. Haben Politiker trotzdem noch Zeit für ein Lesevergnügen fernab der Politik? Wir haben die Probe aufs Exempel gemacht und Freisinnige jeglichen Alters gefragt, welches ihr aktuelles Lieblingsbuch ist.



**Martin Schmid, Ständerat GR: Henry Kissinger «On China».** «Ich bin gegen die Buchpreisbindung, weil es im Bereich des Büchermarktes keine neuen staatlichen Regulierungen und keine zusätzliche Bevormundung der Konsumenten braucht.»  
Listenpreis\*: Fr. 36.50  
Günstigster Anbieter (robinbook.ch): Fr. 19.95  
Preisreduktion: 46 Prozent



**Carmen Walker Späh, Präsidentin FDP Frauen: Remo H. Largo / Monika Czernin «Jugendjahre – Kinder durch die Pubertät begleiten».** «Ich bin gegen die Buchpreisbindung, weil das Bedürfnis nach informativer Lektüre nicht finanziell ausgenutzt werden darf.»  
Listenpreis\*: Fr. 35.90  
Günstigster Anbieter (amazon.de): Fr. 25.15  
Preisreduktion: 29 Prozent



**Simon Mühlemann, Jungfreisinnige ZH: Heinz Storrer «Stille Orte in der Schweiz».** «Ich bin gegen die Buchpreisbindung, weil sie dem Schweizer Buch mehr schadet als nützt.»  
Listenpreis\*: Fr. 69.00  
Günstigster Anbieter (exlibris): Fr. 55.20  
Preisreduktion: 20 Prozent

Gute Gründe für Ihr

am 11. März



# zum BAUSPAREN

zur Förderung des Wohneigentums für den Mittelstand  
ohne Belastung der Altersvorsorge-Einrichtungen.

Stimmen Sie am 11. März entschieden JA zur «Bauspar-Initiative\*»

- ermöglicht steuerbefreites Bausparen für den **erstmaligen Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum.**
- fördert **energetische Sanierungen an bestehenden Gebäuden** durch steuerbefreites Energiespar-Bausparen.
- bringt die Steuerbefreiung von Förderbeiträgen und damit die **volle Wirkung von Förderbeiträgen zugunsten des Förderziels.**
- fördert und verstetigt die Baunachfrage, **bringt Auftragsvolumen und sichert damit Arbeits- und Ausbildungsplätze.**
- bringt unter dem Strich keine Netto-Steuer ausfälle, denn **das durch die zusätzlichen Investitionen ausgelöste Steuersubstrat ist deutlich höher als die Steuer ausfälle in der Sparphase.**

\* Volksinitiative für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen («Bauspar-Initiative») der Schweizerischen Gesellschaft zur Förderung des Bausparens (SGFB).

[www.bausparen.ch](http://www.bausparen.ch)